

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

11.1.1923 (No. 9)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Verleger:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A m e n d,  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert für Januar 1923 40 M. — Einzelnummer 40 M. — Anzeigengebühr: 35 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Mazerierung, zwangsweiser Beitreibung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Besprechung der Reichsregierung mit den Länderpräsidenten.

Der Reichskanzler hat in Rücksicht auf die Schwere der kommenden Zeit die Staats- und Ministerpräsidenten auf Freitag nachmittag zu einer Besprechung nach Berlin geladen. Ein vom Staatspräsidenten für kommenden Samstag angelegter Besuch beim II. Bataillon des badischen Reichswehr-Infanterieregiments 14 in Tübingen mußte infolge dessen leider abgesetzt werden.

#### Beleggen der Dienstgebäude.

Auf Anregung der Reichsregierung hat der Staatspräsident im Hinblick auf die gewaltmäßige Besetzung des Ruhrgebiets durch französisch-belgische Truppen die badischen Ministerien ersucht, am nächsten Sonntag zum äußeren Zeichen des Protestes und der Trauer hiergegen die staatlichen Dienstgebäude auf Halbmaß zu flaggen. Der Staatspräsident bittet hierdurch die gemeindlichen und sonstigen Behörden, sowie die Bewohner des Landes, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

#### \* Der deutsch-französische Gegensatz.

Es ist seit mehr als einem Jahrtausend das Unglück Europas und der Welt, daß gerade die beiden Mächte, durch deren friedliche Zusammenarbeit der europäische Friede auf die Dauer garantiert werden könnte, nämlich Deutschland und Frankreich, in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu einander stehen, in einem Gegensatz, der denn auch mit seinen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen neben den kriegerischen Verwicklungen die Geschichte dieser letzten 11 Jahrhunderte beherrscht. Beide Länder haben unter diesem Gegensatz zu leiden. Für beide Länder gilt die gleiche Beobachtung, nämlich, daß einer Periode höchsten Glanzes und größter Blüte alsbald wieder eine Periode tiefsten Sturzes auf dem Fuße folgt. Das Aufundab der geschichtlichen Entwicklung tritt uns bei keiner europäischen Nation so greifbar entgegen, wie bei Frankreich und bei Deutschland. Ein Unterschied besteht allerdings insofern, als es das Geschick vergleichsweise mit Frankreich immer ein bißchen besser gemeint hat, als mit uns. 1815 und 1871 ist es Frankreich im Vergleich hundertmal besser ergangen, als uns.

Daß dieser Gegensatz einmal überbrückt werden muß, wenn Europa und die Welt zur Ruhe kommen wollen, ist ganz klar. Heute kann allerdings nur der Historiker einem solchen Wunsche Ausdruck verleihen. Für den Politiker ist z. B. eine Diskussion dieser Frage nicht angängig. Frankreich hat seit dem November 1918 uns gegenüber eine Haltung eingenommen, die so ist, daß kein deutscher Mann sie jemals verzeihen kann. Und so hat sich denn auch der Nationalhaß des deutschen Volkes gegen Frankreich in einer Weise bemächtigt, wie sie selbst die Kämpfer von 70/71 nicht für möglich gehalten hätten. Und jetzt holt Frankreich zu einer neuen brutalen und vertragswidrigen Aktion aus, die das Maß übersteigt. Die Besetzung fremden Gebietes bedeutet für den, der sie zu ertragen hat, eine derartige Schmach, daß man es begreifen kann, wenn bisher ein jedes Volk mit der Waffe in der Hand einen solchen Akt abzuwehren versucht hat. Wir sind wehrlos und können uns einen bewaffneten Widerstand nicht leisten; zudem ist die weltpolitische Lage so eigenartig, daß wahrscheinlich gerade das ruhige Erleiden dieser Schmach uns mehr Sympathien auf der Welt sichern wird, als eine Aufwallung vaterländischer Verzweiflung. Und so müssen wir auch in diesen Tagen mit Geduld und Ruhe das ertragen lernen, was uns französischer Haß und französische Nachsicht aufbürden. Aber wir werden nicht nachlassen, die Welt auf das Rechtswidrige des französischen Vorgehens hinzuweisen, und wir werden eine jede Konsequenz ziehen, die ein wehrloses, aber dennoch seiner Würde bewußtes Volk aus dieser Situation zu ziehen vermag.

Merkwürdiger Weise ist ja bis heute eine militärische Besetzung des Ruhrreviers noch nicht erfolgt. Wie es scheint, hat Frankreich doch noch in der letzten Sekunde irgend ein Haar in der Suppe gefunden und glaubt, sich die nächste Entwicklung der Dinge noch etwas überlegen zu sollen. Dafür hat es allerdings der deutschen Reichsregierung die Entfem-

lung von Beauftragten ins Ruhrrevier mitgeteilt, die die Aufgabe haben, die Kohlenproduktion nunmehr restlos und in aller Form unter französische Kontrolle und unter französischem Einfluß zu bringen. Die Franzosen werden durch diesen Gewaltakt in die Lage versetzt, sich mit jebler Reparationskohle einzudecken, als sie es für richtig halten, ohne dabei auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Um sich Italien zu verpflichten, wird Frankreich dann diese Reparationskohle zu den bekannten billigen Bedingungen auch an Italien liefern.

Selbstverständlich geht das alles nur auf Kosten der deutschen Produktion. Statt, daß wir also diese Produktion erweitern können, wird sie eingeschränkt werden müssen. Wie der Reichswirtschaftsminister ganz richtig erklärt hat, werden schwere gesundheitliche Schädigungen des Volkes die Folge sein. Große wirtschaftliche Störungen werden eintreten, und die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Damit rückt die Gefahr innerer politischer Verwicklungen in bedrohliche Nähe. Die Mark wird weiter sinken, und die Lebenshaltungskosten, die heute schon an und für sich kaum aufzubringen sind, werden sich weiter

erhöhen. Die Erledigung der Reparationsfrage als solcher aber wird durch diese ganze Politik Frankreichs unmöglich gemacht. Offenbar ist es die Hoffnung, der Engländer, daß die Franzosen sehr bald selber zur Einsicht dieser Tatsache gelangen werden. Dabei wird aber in England viel zu wenig berücksichtigt, daß Frankreich zur Not ruhig auf die Reparationszahlung verzichten wird, wenn es nur das Rheinland mit dem Ruhrrevier dauernd annekieren kann.

Daß Amerika kurz vor der Aktion in Paris sehr dringliche Vorstellungen erhoben und auch einen neuen Vergleichsvorschlag (Überweisung der Reparationsfrage an eine internationale Bankierkonferenz) gemacht hat, wird jetzt in aller Form mitgeteilt. Frankreich hat diesen Vorschlag abgelehnt, und Amerika hat das damit beantwortet, daß es seine Truppen vom Rhein zurückbeordert, um so vor aller Welt durch einen ganz bestimmten Akt seine Mißbilligung der französischen Politik auszusprechen. Und in der amerikanischen Presse lesen wir bereits, daß die amerikanische Meinung dort drüben von England ein gleiches Vorgehen erwartet. Heute wird das Londoner Kabinett über die nächsten Maßnahmen Frankreich gegenüber Beschluß fassen.

## Der Überfall im Gange.

### Französische Vorhut in Essen.

Essen, 11. Jan. (Privat-Tele.) Die französische Alpenarmee marschiert. Modernes Kriegsgesetz rollt über den Rhein. In unserer Stadt zog die Jugend diese Nacht durch die Straßen und sang das Deutschlandlied. Heute früh 8 Uhr hat bereits die Vorhut der französischen Truppen das Weichbild unserer Stadt erreicht. Kavallerie hat den Vorort Werden passiert.

Gegen Essen wird ein Heer aufgeboten, ein für den allermodernsten Krieg ausgerüstetes Heer von 30 000 oder 50 000 Mann, gegen eine Stadt, in der es nur 400 Polizeirevolver gibt. In Düsseldorf haben sie zugutererst neben den fahrbaren Funktürmen auch noch Wettersender eingerichtet. Bewaffneten Widerstand kann diese Gegend nicht leisten; und die Arbeiter können gegen Frankreich auch nicht streiken, weil Frankreich das länger ausschüt und weil dann die Arbeiter und mit ihnen Deutschland nur desto schneller verhungern würde. Dann bleibt noch der Widerstand der Köpfe, die dieses Gebiet schufen. Die Überzeugung herrscht, daß Frankreich bei diesem Vormarsch keinen Hehl gewinnen, sondern nur Geld zusehen kann. Die Kohlensteuer, die ab heute bezahlt wird, bringt den Franzosen, sofern die Förderung unter Vajonett-Herrschaft nicht zurückgeht, bestenfalls 350 Millionen Goldmark jährlich.

### Abberufung der deutschen Botschafter in Paris und Brüssel.

Botschafter Dr. Mayer ist telegraphisch angewiesen worden, die Geschäfte an einen Botschaftsrat abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat auch der Gesandte Dr. Landsberg in Brüssel erhalten.

### Die Zwangsmaßnahmen im Laufe der Nacht.

Die bereits angekündigte Note der französischen Regierung wurde gestern nachmittag 4 Uhr, zu gleicher Zeit mit der Übergabe in Berlin, in der Pariser deutschen Botschaft überreicht. Die in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen, deren Durchführung im Laufe der Nacht zu erwarten ist, werden in der aus den Mitteilungen der Presse bereits bekannten Form notifiziert, die französische Regierung beschränkt sich auf die Entsendung einer Kommission von Ingenieuren, zu deren Schutz die bereitgestellten Truppen bestimmt seien und deren Aufgabe es sei, zum Zwecke der Erfüllung des Friedensvertrages die Verteilung der deutschen Kohlen zu überwachen. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die in Betracht kommenden Behörden dahin zu instruieren, daß die französisch-belgischen Operationen auf keinerlei Widerstand stoßen. Die Note geht darin so weit, die deutsche Regierung im voraus für alle Folgen verantwortlich zu machen, die aus einer durch indirekte Einwirkung oder durch Unterlassungen der Behörden verursachten Störung der Ordnung sich ergeben könnten.

Außer den bereits gemeldeten Maßnahmen findet sich darin die Ankündigung einer unbefristeten Erweiterung der Kompetenzen der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland gegenüber den deutschen Verwaltungsstellen. Die französischen Okkupationsbehörden sollen künftig berechtigt sein, sich in alle Angelegenheiten der deutschen Politik und der deutschen Verwaltung im besetzten Gebiet einzumischen und jede deutsche amtliche Stelle zu übernehmen und zur Rechenschaft zu ziehen.

### Die Note Poincarés.

Anläßlich der französischen Botschafter und der belgische Gesandtschaft haben gestern dem Reichsminister des Auswärtigen gleichlautende Noten übergeben, deren Wortlaut im folgenden wiedergegeben ist:

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllungen in Ausführung der Programme der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohle an Frankreich und gemäß den Bestimmungen der Paragraphen 17 und 18 Anlage 2 zu Teil 8 des Vertrages von Versailles hat die französische Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlenkontrollrats versehene Kontrollkommission ins Ruhrgebiet zu entsenden, um dadurch die von ihrem Vorsitzenden an dieses Kontrollrat oder an die deutschen Verwaltungsbehörden erteilten Befehle und die strikte Anwendung der von der Reparationskommission festgesetzten Programme sicherzustellen und alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Vollmachten dieser Mission werden durch die beiliegenden Urkunden bestimmt. Die deutsche Regierung wird gebeten, dieselben den beteiligten Behörden zur Kenntnis zu bringen und sie mit den erforderlichen Anweisungen zur genauen Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu versehen. Die italienische Regierung hat gleichfalls beschlossen, italienische Ingenieure an dieser Mission teilnehmen zu lassen. Die französische Regierung legt Wert darauf zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsendet einfach ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutlich umschrieben ist. Sie muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrag von Versailles enthaltenen Verpflichtungen achtet. Sie läßt im Ruhrgebiet nur die zum Schutz ihrer Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken. Keine Eskalation und keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen. Sie kann in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Erleichterung der Arbeit der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutz bestimmten Truppen. Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden, welcher Art sie auch seien. Sollten die Maßnahmen der Beamten der Mission und die Unterbringung der sie begleitenden Truppen durch irgendein Mandat behindert oder in Frage gestellt werden, sollten die örtlichen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgendwelche Verwirrung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebietes herbeiführen, so würden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich ergriffen werden.

### Befugnisse der Kontrollkommission.

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten Nichterfüllung Deutschlands hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohle, die gemäß dem Programme der genannten Kommission fällig waren, und um für die Zukunft eine strikte Ausführung der auf Reparationen bezüglichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles sicherzustellen, wird mit dem heutigen Tage eine aus Ingenieuren und Beamten zusammengesetzte Kontrollkommission für die Bergwerke und Fabriken der besetzten Gebiete geschaffen. Die Ingenieure und Beamten dieser Mission sollen bevollmächtigt sein, von Verwaltungsorganen, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Industriellen, Kaufleuten usw. alle

# Dr. Cuno über die auswärtige Lage.

Der gute Wille Deutschlands — Protest gegen den Rechtsbruch — Geltung des Volkes in Einheit und Würde — Der nächste Sonntag ein Tag der Einkehr

Wirtschaftlichen und sonstigen Auskünfte einzufordern, deren Einholung sie für nützlich hätten. Sie sind berechtigt, die besetzten Gebiete ihrer ganzen Ausdehnung nach zu bereisen und haben Zutritt zu allen Büros, Zechen, Fabriken, Bahnhöfen usw. und können dort alle Dokumente, Rechnungen und Statistiken einsehen.

Das Personal der deutschen Verwaltung, sowie die Vertreter der Industrie- und Handelsverbände haben sich unter Androhung schwerer Strafen für den Weigerungsfall den Mitgliedern der Kontrollkommission bei Ausführung ihres Dienstes völlig zu Verfügung zu stellen und sich gegebenenfalls nach Befehlen zu richten, die sie vom Chef der Kontrollkommission erhalten. Dieser ist berechtigt, jede beliebige Änderung hinsichtlich der Verteilung der Brennstoffe und jegliche Umleitung der mit Brennmaterialien beladenen Eisenbahnwagen und Kühne anzuordnen. Die Ingenieure und Beamten der Mission sind mit einer ihnen von den Militärbehörden besonders ausgestellten Geschäftsanweisung versehen, die ihnen als Personalausweis dienen soll.

## Kontrolle der Kohlenverteilung.

Am 11. Januar 1923 unterliegen die vom Kohlenyndikat aufgestellten oder ausgeführten Verteilungspläne für Kohle und Koks der Genehmigung der industriellen Ruhrkommission, die sie, wenn sie es für notwendig erachtet, abändern kann. Diese Pläne haben insbesondere die vollständige Lieferung der vorgesehenen Mengen für die Länder der Entente, für die besetzten rheinischen Gebiete zu umfassen und müssen ausreichend sein, um die Bedürfnisse der neu besetzten Gebiete zu befriedigen. Unter diesen Vorbehalten ändert sich im Grundsatz nichts an der allgemeinen, jetzt in Kraft befindlichen Verteilung der Brennstoffe. Falls Übertretungen obiger Vorschriften durch das Kohlenyndikat oder die Zechen festgestellt werden, oder falls die gelieferte Qualität zu wünschen übrig läßt, werden schwere Strafmaßnahmen ergriffen werden ohne Rücksicht auf Umleitungen in Eisenbahn- oder Wasserstraßenverkehr, welche von der industriellen Mission angeordnet werden könnten. Die Ingenieure der Mission werden häufige Stichproben vornehmen, um sich zu vergewissern, daß die Anordnungen des Kohlenyndikats korrekt gegeben und genau befolgt sind.

## Verlegung des Kohlenyndikats nach Hamburg.

Dr. Berthei von der Handelskammer Essen hat gestern vormittag den Pressevertretern folgende offizielle Mitteilung über die Verlegung des Kohlenyndikats gemacht: Das Kohlenyndikat, die Verkaufsorganisation der Zechen, in deren Vorstand auch ein Gewerkschaftsmitglied ist, hat einstimmig, also auch mit der Stimme dieses Gewerkschaftsmitglieds beschlossen, das Kohlenyndikat für die Zeit bis zum 31. März d. J., d. h. also, solange der gegenwärtige Syndikatsvertrag noch läuft, nach Hamburg zu verlegen und dann aufzulösen. Infolge dieser Verlegung und späteren Auflösung des Kohlenyndikats müssen die Zechen, soweit sie nicht durch die laufenden Verträge noch gedeckt sind, ihren Verkauf selbst besorgen. Die Entente muß daher mit den einzelnen Zechen direkt verhandeln und ist der ganzen Organisationsarbeit, die das Kohlenyndikat bisher für sie geleistet hat, verlustig.

Sie müßte also den Versuch machen, durch die für das Ruhrgebiet bestimmten Ingenieure aus sich heraus gemiffenmaßen eine neue Syndikatsstelle einzurichten, was sie mit dem hier verbliebenen niedrigen Beamtenpersonal des Syndikats aber kaum tun kann.

Sämtliche Führer der Ruhrindustrie, sowohl die bekannten Montanherren, wie die letzten Direktoren und alle Chefsingenieure verlassen das Ruhrgebiet sofort beim Einmarsch der Franzosen. Die Mitglieder des Kohlenyndikats haben nämlich beschlossen, der Entente in keiner Weise ihre Arbeit zu erleichtern, sondern ihr sogar jeden Widerstand entgegenzusetzen. Die Begründung hierfür findet sich in dem Beschluß der Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen, in der auf die vollkommene Rechtswidrigkeit des französischen Vorgehens hingewiesen wird, das ein Rechtsbruch und eine grobe Verletzung des Versailler Friedensvertrages darstellt.

Die leitenden Beamten des Kohlenyndikats haben bereits in der vergangenen Nacht mit sämtlichem Aktenmaterial, Geschäftsbüchern und dergleichen des Syndikats Essen verlassen und sich nach Hamburg begeben.

Die Beschlagnahme jenes Teiles der Ausfuhrdevisen, der sonst an die Reichsbank abzuführen ist, bringt eine noch viel geringere Summe. An diesem Ereignis werden sich aber vorwiegend auch jene Alliierten beteiligen, die gegen die Verlegung Einspruch erhoben, denn sie werden schon aus taktischen Gründen Poincaré bei seinem Wort nehmen, als er erklärte, er werde nur für gemeinsame Rechnung der Alliierten handeln.

Den Franzosen wird also nichts bleiben, als die Kosten ihrer kriegerischen Expedition, die viel höher sein werden, als Frankreichs Anteil an den Erträgen, und dann auch noch die Hoffnung auf seine politischen Ziele. Frankreich wird vielleicht versuchen, die deutsche Kohlenverteilung politisch zu verändern, den preussischen Norden daran zu lassen, den Süden dafür mit Kohlenlegen zu fördern, aber damit würde es nichts erzielen, als kostspielige Umwege der Kohle.

## Zurückziehung der amerikanischen Rheinbesatzung.

Washington, 10. Jan. (Wolff.) Präsident Harding hat die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein angeordnet.

Die Zurückziehung der amerikanischen Rheintruppen dürfte der an sich nicht geringen Meinung englischer Kreise zu ähnlichen Schritten neuen Anstoß geben. Dabei ist höchst beachtlich, daß die Befürworter einer isolierten Politik und die Gegner der französischen Politik trotz disparater Motive ein gleiches Resultat anstreben, was um so bedenkllicher ist, weil Vonar Laos Doppelspiel selbst in den Kreisen der Labour Party nicht durchsichtbar wird.

## Die deutsche Einheitsfront.

Vor dem gestrigen Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags empfing Reichskanzler Dr. Cuno nachmittags 3 Uhr die Parteiführer, die in einer Reihe von Fraktionsführungen den Standpunkt ihrer Partei festgelegt haben. Nach Informationen sind sich alle Parteien darüber schlüssig geworden, daß es jetzt gilt, alles Trennende zurückzustellen und geschlossen hinter eine Regierung zu treten, die mit gleicher Entschiedenheit die Konsequenzen aus dem französischen Rechtsbruch zu ziehen bereit ist, mit der sie die Vertragserfüllung im Rahmen des Möglichen und im Einklang mit der Politik der Selbstbehaltung zu gewährleisten versucht hat.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete gestern nachmittag Reichskanzler Dr. Cuno über die politische Lage. Im Eingang seiner Erklärungen verwies der Reichskanzler noch dem amtlichen Bericht auf den großen Ernst der Zeit, die nunmehr das deutsche Volk zu durchleben gezwungen wäre, nachdem die Pariser Konferenz erfolglos ausgegangen sei, und nachdem wiederum deutschen Gebietern der Einmarsch französischer Truppen drohe. Der Kanzler gab dann einen kurzen Rückblick über das, was die Regierung seit ihrem Amtsantritt unternommen habe. Aufbauend auf der Novembernote sei sie bestrebt gewesen, sich aktiv an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Dieser Weg sei gegangen worden, weil es sich um Deutschlands Schicksal handele, über das von der anderen Seite entschieden werden sollte, und zugleich, weil die Regierung glaube, daß das Problem nur in gegenseitiger offener Aussprache lösbar sei. Darum sei versucht worden, obwohl Deutschland nicht eingeladen war, auf den Konferenzen in London und Paris mit Vorschlägen nicht zu fehlen. Diese hätten sich innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehalten, weil ihm dazu der Vertrag von Versailles ein Recht gebe. Alles sei geschehen, um zu einer engeren Aussprache auch mit Frankreich zu kommen. Wir hätten Herrn Poincaré wiederholt wissen lassen, daß wir zu unmittelbaren Verhandlungen, insbesondere auf dem Gebiete unserer Industrie, die Hand bieten. Poincaré habe diese Verhandlungen nicht zugelassen, daneben hätten wir uns zugleich an die Konferenzen in London gewandt. Dabei sei man sich klar gewesen, daß dieser Weg in doppelter Beziehung der mittelbaren Ergänzung bedürfte. Die Londoner Vorschläge seien eine Art Vorlösung gewesen, obgleich man sich klar gewesen wäre, daß nur eine endgültige Lösung eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage darstellen würde. Ferner sei die Regierung sich klar gewesen, daß die Londoner Vorschläge dahin ergänzt werden müßten, daß insbesondere die deutsche Wirtschaft, die Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft, die vom Ausland immer noch als Träger des deutschen Reichs angeschprochen würden, die Vorschläge in ihrer Ausführung gewährleisten müßten. Daran sei in ununterbrochener Arbeit in enger Fühlung mit den wirtschaftlichen Kreisen gearbeitet worden. Daneben sei der Versuch, mit Frankreich in unmittelbare wirtschaftliche Verhandlungen zu kommen, fortgesetzt worden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben. Der Grundgedanke der Vorschläge für Paris entspringe der Erkenntnis, daß Frankreich zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage unmittelbarer Zahlungen bedürfte und auf Zusammenarbeit der beiderseitigen industriellen Kräfte Wert lege.

Was die erste Frage betreffe, so sei angesichts der von dem Bankenausschuß im vorigen Jahre ausgesprochenen Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches das einzige Attribut, das wir haben, unser Kredit, und der sei äußerst gering, solange die Lasten des Vertrages von Versailles unbegrenzt auf das deutsche Volk drücken. Damit sei zugleich der einzige zuverlässige Wertmesser für unsere Leistungsfähigkeit gegeben. Der deutsche Kredit hätte also nur bei einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage angepaßt werden können. Wir hätten angeboten, daß eine feste Summe für Anleihen aufgelegt werde, die auch, wenn sie als solche nicht realisierbar wäre, der Entente gegenüber als Anleihe verzinst und amortisiert werden sollte. Diese Vorschläge seien in bestimmten Zeiträumen weitere Anleihen aufzulegen bereit gewesen wären, die ebenfalls der Reparation zugute kommen sollten. Die Anleihen sollten durch Garantien unserer Wirtschaft sichergestellt werden. Über die Art der Sicherung mit dem Anleihenfortschritt zu verhandeln, sei die deutsche Industrie bereit gewesen. Außerdem sollte eine Verständigung mit den fremden Industrielassen zu gemeinsamer Kooperation erfolgen.

Der Reichskanzler legte dann näher dar, weshalb man diesen Plan nicht durch eine Note der Konferenz von Paris übermitteln konnte. Wir hätten dabei nicht, wie es in den Zeitungen vielfach geheißen habe, einen bestimmten Vertreter zum Vortrag dieser Pläne benannt, vielmehr hätten wir uns bereit erklärt, auf Anforderung den Plan schriftlich vorzulegen und mündlich erläutern zu lassen. Eine Antwort darauf sei nicht erfolgt. Leider sei auch kein anderer Vorschlag aus der Pariser Konferenz hervorgegangen, auch nicht der englische, den die Franzosen nicht so sehr abgelehnt hätten, weil sein finanzielles Ergebnis ihnen nicht genüge, als vielmehr deshalb, weil offensichtlich eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Methode des Vorgehens in der Reparationsfrage bestand. England wolle die Reparationsfrage mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln lösen, während Frankreich bestrebt war, seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, was ihm wertvoller sei als jede wirtschaftliche Lösung. Damit sei die Tendenz der Politik Poincaré vor allen Augen klarzustellen, und die letzten Zweifel daran seien wohl für jeden geschwunden, seitdem Poincaré den Friedenspakt mit dem am Rhein interessierten Mächten abgelehnt habe.

Der Reichskanzler betonte, daß wir diesen Friedenspakt ausdrücklich und ernst gemeint hätten und daß in der Ablehnung der Kriegserklärung auf die Volksabstimmung die sicherste Friedensgarantie für alle Zeiten gegeben war. Der Reichskanzler schilderte kurz die Verhandlungen über diesen Vorschlag und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland materiell und politisch getan habe, was in seiner Kraft stand und was mit seiner Verantwortung für die weitere Existenz unseres Volks und für die Abwehr der schrecklichen Ereignisse, die kommen würden, vereinbar sei. Wir hätten materielle Angebote bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit gemacht, wir hätten uns zu Garantien bereit erklärt und wir hätten endlich das Beste getan, was ein Volk tun konnte.

So wies der Kanzler nach, daß mit Frankreich nicht zu einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei. Was Frankreich wolle, bestätigten die Nachrichten über die Truppenbewegungen, die uns die letzten Tage gebracht hätten. Diese seien in Szene gesetzt worden nicht einmal in äußerlicher Verbindung mit der großen Reparationsfrage, sondern mit dem Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhten auf besonderen Verabredungen, die selbst im Falle der Verletzung keinerlei militärische oder sonstige Sanktionen vorsahen. Eingehend legte der Reichskanzler die Rechtslage dar und kam zu dem Schlusse, daß Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenkundig gebrochen hätten. Das müsse zu um so engeren Konferenzen führen, als uns die französische Aktion gerade das Gebiet aus den

händen nehme, aus dem heraus diese Leistungen bisher geschieden seien. Aktive Gegenwehr sei dem deutschen Volke nicht möglich, aber es dürfe sich auch nicht willenlos dem Rechtsbruch beugen. Die Reichsregierung werde ihren Protest gegen den Rechtsbruch

## Protest gegen den Rechtsbruch

allen Mächten notifizieren, und der Botschafter Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und hierher zu kommen. Das Botschaftspersonal werde dort bleiben. Die Reparationsleistungen würden dem vertragsbrüchigen Ländern gegenüber eingestellt werden, denn wie in der Hamburger Note ausgeführt, habe die Pfandnahme notwendig den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Belegung des Ruhrgebietes, der stärksten Quelle der deutschen Wirtschaftskraft, unsere Leistungsfähigkeit völlig zusammenbrechen müsse. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf die Bevölkerung und auf die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort belassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde. Entschieden sei für uns alle die

## Geltung des Volkes in Einheit und Würde

auch während der bevorstehenden Leidenszeit. Im Innern müßten wir allen Wirtschaftsgeschehen entgegenzutreten, die aus der Wegnahme des Herzens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte jede unnötige Teuerung abzuwehren, die insbesondere sich aus der wahnwitzigen, sprunghaften Steigerung der fremden Währungen ergeben werde. Trotz der ungeliebten Schwierigkeiten, die dem entgegenstünden, habe die Regierung Bemühungen hierzu eingeleitet. Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gang und würden in den nächsten Tagen nach den Seiten der Gewerkschaften hin weitergeführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einfacher Lebenshaltung bekennen. Zu Beratungen über diese Fragen und die gesamte Lage seien die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nach Berlin gebeten.

Aller Erfolg unserer Bemühungen gegenüber dem Vertragsbruch hänge davon ab, ob wir die Kraft aufzubringen, wirklich durchhalten, alle zusammenzufassen, Volk wie Staat, Wirtschaftskräfte wie politische Parteien. Das soll auch zum äußersten Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichskanzler gegen die angekündigte Vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Protest erhoben habe.

## den nächsten Sonntag zu einem Tag der Einkehr

und der ersten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung werde nicht ruhen, bis sie den Weg gefunden habe, durch Festhalten an der bisherigen Aktivität die Lage zu entwirren.

Reichsminister des Innern Dr. v. Rosenberg erstattete im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers Bericht über den Schritt des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers, der heute nachmittag im Auswärtigen Amt erfolgte. Er gab den Inhalt der ihm gemachten mündlichen und schriftlichen Mitteilungen bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte Vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Protest erhoben habe.

## Nachbarländer.

### Gegen die nationalsozialistische Bewegung.

Am 12. Dezember 1922 verbot das württembergische Ministerium des Innern die Abhaltung nationalsozialistischer Versammlungen, worauf eine Beschwerte der nationalsozialistischen Ortsgruppe Stuttgart eingegangen war. Rummel veröffentlicht das württembergische Ministerium des Innern den Beschluß, das Verbot vom 12. Dez. 1922 nicht aufheben zu können. Es heißt dort:

„Das Ministerium des Innern ist nicht in der Lage, das durch Verfügung vom 12. Dezember 1922, Staatsanzeiger Nr. 232, bis auf weiteres erlassene Verbot von Versammlungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aufzuheben. Der Antrag zu dem Verbot waren die Vorgänge in Göttingen, die in erster Linie durch die Heranziehung des Sturmtrupps aus Münden hervorgerufen worden sind. Die Wiederholung derartigen Vorgänge, die bei Zulassung weiterer Versammlungen zu befürchten ist, muß im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verhindert werden. Das in Art. 118 der Reichsverfassung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung ist durch das Versammlungsverbot nicht berührt.“

In Vertretung: Haag.

## Kurze Nachrichten.

\* Das Attentat auf Raschin. Der Zustand des schwerverletzten Finanzministers Dr. Raschin hat sich verhältnismäßig gebessert. Der Attentäter zeigte beim Verhör einen ungewöhnlichen Zynismus und erklärte, sein Fluchtversuch habe vor allem den Zweck verfolgt, sich für weitere Aufschläge auf führende Persönlichkeiten des Finanzkapitals in Sicherheit zu bringen. Den tschechischen Zeitungen zufolge beabsichtigt die Regierung härter als bisher gegen die Kommunisten vorzugehen, die in der letzten Zeit verschiedentlich stärker hervorgetreten, offensichtlich begünstigt durch die Folgen der Wirtschaftskrise und durch Enttäuschungen in der allgemeinen Arbeiterpolitik. Auch ein Gesetz zum Schutze der Republik nach deutschem Muster soll erwogen werden.

\* Ein Kontinentalblock gegen England. Die italienischen Abendblätter geben übereinstimmend die folgende sichtlich inspirierte Anregung: Nachdem England den Plan Mussolinis als einzig mögliche Verteidigungsgrundlage sabotiert und damit sich selbst isoliert hat, sollten die kontinentalen Mächte Frankreich, Italien, Belgien einschließlich Deutschlands gemeinsam die Reparationsfrage anpacken und darüber hinaus eine wirtschaftliche und politische Verständigung suchen.

Der erdörtere Gedanke eines Kontinentalblocks hat bereits diplomatische Gestalt angenommen. Das italienische Ministerium des Innern ließ in Paris den Vorschlag machen, daß Frankreich, Italien und Belgien Deutschland auffordern, die Reparationsfrage gemeinsam mit ihnen zu lösen.

\* Deutschlands Industrie und Handel vor politischer Lage. Bei der Abordnung der Wirtschaftskreise, die dem Herrn Reichskanzler ihre Aufwertung gemacht haben, befand sich



